



Suchergebnisse: Kriegsanleihe

18. März 1918 – Die achte Kriegsanleihe wird aufgelegt

Berlin * Beginn der Zeichnungsfrist für die achte Kriegsanleihe.

10. September 1918 – Das Ordinariat erlässt einen Aufruf zum Kauf der 9. Kriegsanleihe

München * Das Ordinariat des Erzbistums München und Freising erlässt im Amtsblatt einen Aufruf in dem es den Seelsorgeklerus zur kräftigen Werbetätigkeit für die 9. Kriegsanleihe auffordert. Sie selbst sollen aus Pfründen- und Stiftungsmitteln zeichnen.

20. September 1918 – Skeptisch beim Kauf von Kriegsanleihen

Königreich Bayern * Von der Landbevölkerung wird „allenthalben die Sicherheit der Kriegsanleihen wie allen Geldes überhaupt stark in Zweifel gezogen“. Deshalb rät man sich gegenseitig von der Zeichnung ab. Schon länger glaubt man, „im Misslingen der Kriegsanleihe das beste Mittel zur baldigen Beendigung des Krieges zu sehen“.

23. September 1918 – Zeichnungsbeginn für die 9. Kriegsanleihe

Berlin • Die Zeichnungsfrist für die 9. Kriegsanleihe beginnt offiziell. Es wird die Letzte in diesem Krieg sein.

27. Oktober 1918 – Der Vorwärts ruft zur Zeichnung der 9. Kriegsanleihe auf

Berlin - Deutsches Reich * Der Vorwärts ruft zur Zeichnung der 9. Kriegsanleihe auf, obwohl er eine Woche zuvor erkannt hatte: „Diesen Krieg werden wir nicht gewinnen.“

25. Februar 1919 – Die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien

München * Bereits am ersten Tag fordert Max Levien als Delegierter des Revolutionären



Arbeiterrats die sofortige Ausrufung der Räterepublik, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR, die Versendung wahrheitsgetreuer Flugblätter in fremden Sprachen, die Entfernung der Republikanischen Schutztruppe, die Bildung einer Roten Armee sowie die Annullierung der Staatsschulden und Kriegsanleihen. Unterstützt wird Levien von dem Matrosen Rudolf Egelhofer, der von der „permanenten Proletarierversammlung“ im Wagnersaal abgesandt wurde, an der mehr als 5.000 Menschen teilnehmen. Auch der Anarchist Erich Mühsam schließt sich dieser Forderung an. Er ist der Überzeugung, dass der Ausgang des Kongresses der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von entscheidender Bedeutung für den künftigen Verlauf der Weltrevolution ist. In den weiteren Beratungen kristallisieren sich die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien heraus. Die SPD-Delegierten sprechen sich gegen eine Räterepublik aus, setzen sich aber - anders als die Genossen um Erhard Auer - für die Verankerung der Räte in der Verfassung ein. Die KPD fordert dagegen die Regierung der Volksbeauftragten und eine Räterepublik.
